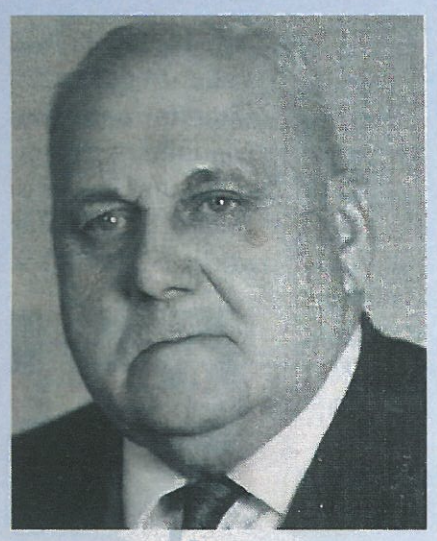
Die Verfolgung des Schwetzinger Sozialdemokraten und Gewerkschafters

Karl Münch

1889 – 1976







► Hier ist neben dem Porträtbild Karl Münchs das Foto zu sehen, das ihn um 1928 zeigt, als er mit der Schwetzinger Arbeiterwohlfahrt eine andere AWO besucht (ganz links). Das Bild unten zeigt ihn (links neben linkem Fenster) und seine Kollegen - und ihre Familien - 1933 nach ihrer Entlassung bei einem Ausflug zum „Weißen Stein" bei Heidelberg.

Politische Gegner wurden zu Staatsfeinden erklärt

Im Zug der Machtübernahme erklärten die Nazis ihre politischen Gegner „rechtsförmig“ zu Staatsfeinden und machten den Bereich der Politik zu einem der Rechtlosigkeit. Mit der „Reichstagsbrandverordnung“ vom 28. Februar 1933 wurden von den National-sozialisten zur vermeintlichen „Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte“ Grundrechte außer Kraft gesetzt, so das Recht auf persönliche Freiheit und der freien Meinungsäußerung. Durch das am 23. März beschlossene Ermächtigungsgesetz konnten Gesetze willkürlich erlassen werden. Die Länderparlamente wurden aufgelöst, wichtige Organisationen „gleichgeschaltet“, der NSDAP eingegliedert oder angeschlossen, die Gewerkschaften zerschlagen; der Boykott jüdischer Geschäfte wurde organisiert. Die KPD wurde in den Untergrund gezwungen, im Juni erfolgte das Verbot der SPD. Am 14. Juli 1933 wurde die NSDAP zur einzigen zugelassenen Partei in Deutschland erklärt.

Am Fall der Verfolgung des Schwetzinger Sozialdemokraten Karl Münch werden mehrere Stufen politischer Verfolgung zur NS-Zeit erkennbar. Er wurde am 27. Februar 1889 als Sohn des Eisenbahnheizers Karl Münch und seiner Ehefrau Sofie Nischwitz in Schwetzingen geboren, er war evangelischer Konfession. Am Ort besuchte er die Volksschule und erlernte danach das Zimmerhandwerk. Nach Abschluss der Lehrzeit arbeitete er bis 1915 in seinem Beruf und war bis 1918 Soldat im Ersten Weltkrieg. Nach Kriegsende war er wieder als Zimmermann tätig, ab 1921 arbeitete Münch beim Schwetzinger Ausbesserungswerk der Reichsbahn. 1920 heiratete er seine Frau Rosa, geb. Maier.

Er war gewerkschaftlich, politisch und sozial vielfältig eingebunden. 1906 trat er dem Zimmererverband bei, 1910 wurde er SPD-Mitglied. Erst Mitglied des Turnvereins 1864, gehörte er 1906 zu den Gründern der Freien Turnerschaft und war Mitglied des Musikvereins, zudem wirkte er später als Vorsitzender der örtlichen Arbeiterwohlfahrt.

Als Betriebsrat mit nazifeindlicher Einstellung entlassen

Anfang Mai 1933 erhielt der Schwetzinger Sozialdemokrat Karl Münch von einem Abteilungsleiter der Reichsbahn seine Kündigung. Zwei Wochen später folgte seine Entlassung. Seit zwölf Jahren war Münch seinerzeit im Ausbesserungswerk tätig, seit 1927 war er Mitglied des Betriebsrats. Gekündigt wurde ihm wie 17 anderen politisch „Unerwünschten“ aufgrund einer Verfügung des Generaldirektors des Werks vom März 1933. Diese besagte, dass „Beamte, Angestellte und Arbeiter, die sich kommunistisch betätigen, nicht im Dienst der Reichsbahn belassen werden können“, ebenso jene „Betriebsvertretungsmitglieder“, die eine „staats- oder wirtschaftsfeindliche“ Einstellung, nämlich „eine feindselige Gesinnung gegen die neue Regierung, ihre Mitglieder und Einrichtungen durch Wort und Tat zum Ausdruck“ bringen oder „den Klassenkampfgedanken“ weiter verfechten.

Münch, der seinerzeit 44 Jahre alt war, führte die Entlassung auf „böswillige Denunziation“ fanatischer NSDAP-Anhänger zurück und erhob gegenüber dem Präsidenten der Reichsbahndirektion Einspruch gegen die Entlassung. Er verwies auf seine Leistungen, die nie Anlass zur Klage gegeben hätten, und seine staatserhaltende Betätigung als Mitglied des Eisenbahner-Einheitsverbands sowie der SPD. Seit 1919 war Münch Gemeindeverordneter gewesen, hatte 1924 den Vorsitz der SPD-Fraktion übernommen, war im selben Jahr Kreisverordneter geworden und ab 1929 bis zum Verbot der SPD im Juni 1933 als sozialdemokratischer Gemeinderat tätig. Die Kündigung, führte er aus, bedeute für ihn eine unbillige Härte, da er verheiratet sei, drei Kinder im Alter von 4, 10 und 11 Jahren zu ernähren und auch für seine mittellos gewordene Mutter zu sorgen habe. Die Arbeitslosen-Unterstützung betrug für die fünfköpfige Familie 17,40 Reichsmark in der Woche – allein die monatliche Miete betrug 32,- Mark. Er bat daher darum, den Einspruch „gütigst zu prüfen und die getroffene Entscheidung rückgängig zu machen.“ Münch wurde zur Vorsprache bei einem Reichsbahninspektor gebeten, doch der Präsident der Reichsbahndirektion Karlsruhe stellte am 20. März 1933 fest: „Ihrem Gesuch um Zurücknahme der Dienstkündigung kann aus den Gründen, die zu Ihrer Entlassung führten, nicht entsprochen werden.“ Münch und seine Frau suchten nun durch Feldarbeit und Aushilfstätigkeiten ihr Auskommen, Unterstützung erhielten sie dabei von Parteifreunden und Nachbarn.

Verbreitung hochverräterischer Druckschriften

Im August 1936 wurde unter dem Aktenzeichen OJs 42/36 gegen Karl Münch und 16 andere Verfolgte aus dem politischen Umfeld, so die Sozialdemokraten Paul Maisenhölder (Schwetzingen) und Emil Limbeck (Ketsch), vom Generalstaatsanwalt in Karlsruhe Anklage wegen Hochverrats erhoben. Die sofortige Untersuchungshaft im Landesgefängnis Karlsruhe wurde angeordnet.

Die Gestapo hatte nach dem Motorradunfall eines Kuriers auf der Strecke von Landau nach Ludwigshafen 1934, bei dem illegale Schriften gefunden worden waren, Sozialdemokraten systematisch überwacht und ein sozialdemokratisches Organisationsnetz enttarnt. Die SPD nutzte den Mannheimer Raum als Schaltstelle. Von hier aus wurden Druckschriften nach ganz Südwestdeutschland verteilt und Kurierverbindungen unterhalten. Die Anklageschrift unterstellte, der nach Prag geflüchtete Exil-Vorstand der SPD organisiere über Zentralstellen „die illegale Neubildung der SPD in Deutschland“. Der Zusammenhalt würde durch die regelmäßige Einfuhr und Verbreitung des Organs der illegalen SPD, der „Sozialistischen Aktion“, hergestellt, deren Auflage in Mannheim und Umgebung 1500 Stück betrage. Die dafür entrichteten kleinen Geldbeträge dienten der Erhaltung des Parteiapparats.

Die SPD erstrebe „mit allen Mitteln den gewaltsamen Sturz der Regierung Hitlers, also die gewaltsame Änderung der Verfassung des Deutschen Reiches“, suche „durch maßlose Lügen- und Greuelhetze das Ansehen der deutschen nationalsozialistischen Regierung zu untergraben und auch so den Boden für einen gewaltsamen Umsturz vorzubereiten“. Eines „ihrer Hauptmittel zur Beeinflussung der Massen in ihrem Sinn [seien] illegale Zeitungen und Druckschriften“.



Karl Münch

Karl Münch wurde „hochverräterische Betätigung“ vorgeworfen: Vom Sozialdemokraten Fritz Schweiger, den er durch die Partei kannte und mit dem er etwa auf dem Arbeitsamt Schwetzingen zusammengetroffen war, habe er im Sommer 1934 eine Ausgabe der „Sozialistischen Aktion“ und dann regelmäßig bis zum Juli 1935, insgesamt 6- bis 7-mal, je ein Exemplar der „Sozialistischen Aktion“ erhalten und dafür meistens 10 bis 15 Pfennig bezahlt. Zweimal habe er auch von Maisenhölder ein Exemplar bekommen. Fritz Schweiger, einer der Verteiler des Blattes, wurde nach Verbüßen der für dieses Handeln verhängten zweieinhalbjährigen Zuchthausstrafe 1938 nicht entlassen. Der Schwetzinger NS-Bürgermeister hatte mitgeteilt, die örtliche Bevölkerung sei gegen Schweiger eingestellt. Er wurde ins KZ Dachau, später ins KZ Mauthausen verschleppt, wo er Anfang 1940 ermordet wurde.

Schon „durch die bloße Abnahme der illegalen Druckschriften“ und selbst als unterste Glieder der illegalen SPD ohne besondere Funktionen – was für die meisten der Beschuldigten gelte – , so das NS-Gericht, hätten sie „einen organisatorischen Zusammenhalt der verbotenen SPD unterhalten und dadurch deren hochverräterische Ziele gefördert“. Sie seien auch durch Aussagen Mitbeteiligter und von Zeugen der Vorbereitung zum Hochverrat überführt.

Die Verhandlung in der Sache fand im Dezember 1936 statt. Karl Münch wurde für das ihm vorgeworfene Handeln zu 16 Monaten Haft verurteilt, die er im Strafgefängnis Schwäbisch-Hall abzusitzen hatte, abzüglich sieben Monaten Untersuchungshaft.

Im KZ Dachau nach dem 20. Juli 1944

Spätestens nach Beginn des Zweiten Weltkriegs wurden auch die politisch Verfolgten wieder beschäftigt – einige wurden zum Militär eingezogen und kamen um. Münch wurde nach seiner Entlassung in verschiedenen Betrieben wieder als Zimmerer beschäftigt. Noch einmal hefteten sich die nazistischen Verfolger an seine Fersen. Am 23. August 1944 wurde er wohl im Rahmen der Verhaftungen der „Aktion Gitter“ morgens um 6 Uhr auf dem Weg zur Arbeit verhaftet und im Mannheimer Schlossgefängnis in „Schutzhaft“ genommen. Er und der Kommunist Ferdinand Fuchs waren die einzigen Schwetzinger, die in Folge des 20. Juli 1944 ins KZ Dachau gebracht wurden.

Münch gelang es, im Zug auf dem Weg von Mannheim über Karlsruhe dorthin heimlich eine kurze Notiz an seine Familie zu schreiben, sie zu adressieren und auf dem Karlsruher Bahnhof in einem unbeobachteten Moment einem jungen Mädchen zu übergeben. Wenig später erhielt die Familie die Karte: „Meinen Lieben / Wir sind auf der Fahrt nach Dachau / bleibt gesund / und viele Grüße / Vater“. Nach mehrwöchiger Haft im KZ Dachau wurde Münch, dort Häftling Nummer 93742, im September 1944, stark abgemagert, die Haare kahl geschnitten, wieder entlassen.

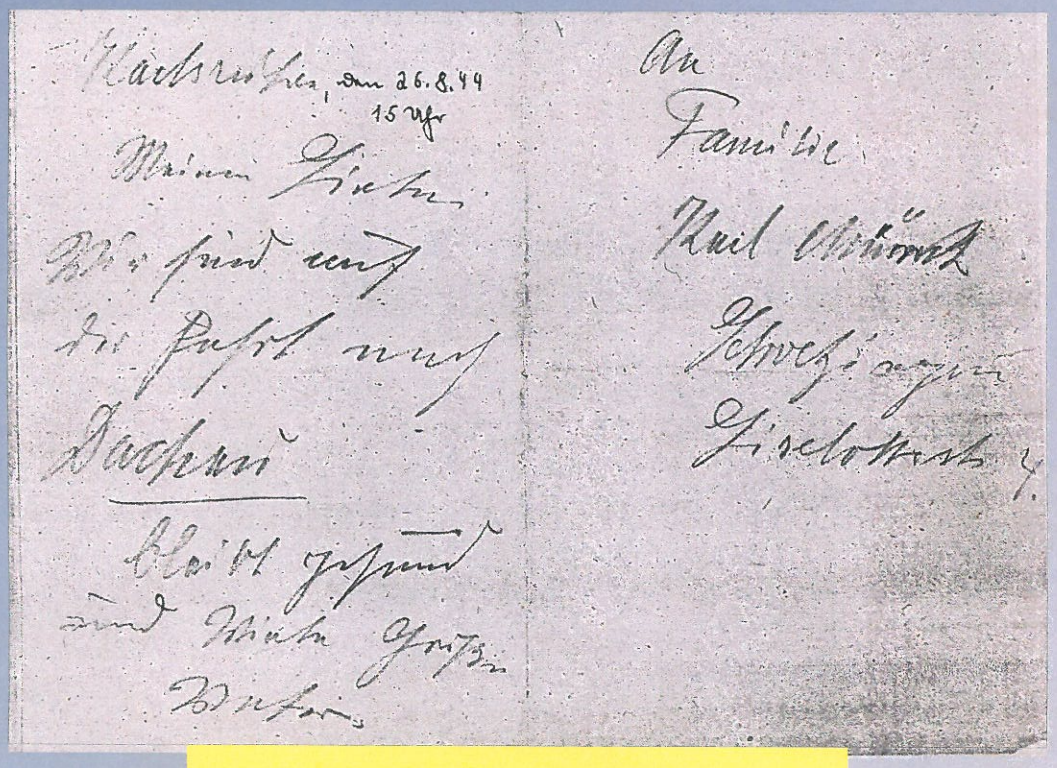
Die Verurteilung wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ wurde später aufgehoben.

Am demokratischen Aufbau beteiligt

Im Juni 1945 wurde er wieder an seinem alten Arbeitsplatz im Reichsbahn-Ausbesserungwerk Schwetzingen als Vorschreiner eingestellt und stieg schließlich bis zum Werkmeister auf. Seinerzeit trat Münch dem Sportverein 1898 bei.

Trotz all der ihm widerfahrenen Stufen politischer Verfolgung zur NS-Zeit war Karl Münch bereit, sich nach der Befreiung in Schwetzingen wieder politisch zu betätigen. So war er an der SPD-Wiedergründung am Ort beteiligt und im Verband der Verfolgten des Naziregimes tätig. Vom April 1945 bis Januar 1946 war er Erster Beigeordneter. Er wirkte bis 1965 als Bürgermeister-Stellvertreter und war ebenso lange für die SPD im Gemeinderat tätig. Karl Münch starb in seinem 87. Lebensjahr, nachdem er von einem PKW angefahren worden war, infolge dieses tragischen Verkehrsunfalls.

Als bekannter Kommunalpolitiker und Stadtrat, der jahrzehntelang die Schwetzinger Kommunalpolitik mitbestimmt und dessen besondere Fürsorge den Bedürftigen, den Ärmsten gegolten hatte, erfreut sich Münch anhaltender, hoher gesellschaftlicher Wertschätzung.



▶ Die von Münch 1944 heimlich an seine Familie geschickte Karte

Karl Münch

Quellen - Literatur

Generallandesarchiv Karlsruhe (GLAK) 480 EK/324 (1), Anklageschrift gegen Hermann Finkernagel u.a. vom 27.8.1936.

Frank-Uwe Betz, Zwangsarbeit in Schwetzingen. Lager für ausländische Arbeiter zur Zeit des NS-Regimes (Reihe Geschichtswissenschaft, Bd. 45), Pfaffenweiler 1998.

Frank-Uwe Betz, Aus dem Alltag der Nazizeit: Die Verfolgung des Schwetzinger Sozialdemokraten Karl Münch, in: „ausblick", H. 2/2001, Hg. Gewerkschaft HBV MA/HD, S. 1.

Frank-Uwe Betz, Das andere Mahnmal, in: „Die Zeit" Nr. 21 v. 19. 5. 2005, S. 94.

Frank-Uwe Betz, Der Welt die Wahrheit sagen - Der sozialdemokratische Widerstand. Serie zur NS-Zeit (2): Sozialdemokraten votierten gegen das Ermächtigungsgesetz / Von den Anfängen nach der Überwindung des Unrechtsstaates, in „Schwetzinger Zeitung" v. 31. 8. 2006, S. 10.

Frank-Uwe Betz, Widerstand und Verfolgung zur NS-Zeit im Raum Schwetzingen, in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins, Stuttgart 2007, S. 467-504.

Frank-Uwe Betz/Anton Kobel, Gegenwart und Vergangenheit: Antisemitismus - Verfolgung - Zwangsarbeit, Nazizeit im Raum Schwetzingen. Texte und Dokumente, Hg. ver.di Mannheim, Mannheim ^{2}2005, S. 18-21, 108ff.

Freiheit - Unterdrückung - Widerstand / Geschichte und Geschichten im Raum Schwetzingen 1848 - 1948, Berichte und Dokumente, Hg. ver.di Mannheim, Mannheim ^{2}2005, S. 11f., 71-78, 80.

▶ Fotos und Dokumente: Archiv Betz, Fotos S. 1 aus F. Betz, Schwetzingen - Stadt und Leute, Erfurt ^{2}2005

Autor: Frank-Uwe Betz,
Diplom-Politologe, Veröffentlichungen zur Regionalgeschichte des Nationalsozialismus, zur NS-Zwangsarbeit im Raum Mannheim, zur Geschichtsverleugnung

Schwetzingen, im Oktober 2010

Unterschriften Autor und Schwiegertochter, Frau des Karl Münch jun. (1921-2001)



▶ Stadtrat Karl Münch 1958, rechts neben dem seinerzeitigen Bürgermeister, Abbildung rechts: Münch um 1928



Karl Münch

KZ Gedenkstätte Dachau | Archiv 42.882/145